

— Hier kommen wir an den Punkt durch den ich mich von der ganzen übrigen Opposition unterscheidet.

Wenn heute der Graf Reventlow zu mir käme und mich bäte, ihm zu helfen, daß er seine Ansichten den Leuten, die zu mir Vertrauen haben, selbst vortragen kann, damit sie so zu hören kriegen, wie er selbst sie ihnen sagen will — schriftlich oder mündlich — und nicht bloß in der Form verstümmelter Berichte, ich würde seine Bitte auf der Stelle erfüllen. Das würde ich schlechthin für demokratische Pflicht ansehen. Und ich würde meine Hilfe nicht davon abhängig machen, daß er statt seiner Ansichten etwa meine vorträgt. Ein für alle Mal: ich schreibe und rede für denkende Menschen. Ich will nicht, daß die Leute eine Ansicht deshalb annehmen oder ablehnen, weil ich sie ihnen empfehle oder widerrate; ich will also nicht, daß sie mir nachbeten sollen. Sondern sie sollen sich selbst ein Urteil bilden. Dazu aber müssen sie die verschiedenen Ansichten kennen lernen und zwar am besten in der Fassung ihrer Urheber selbst. Die sozialdemokratische Organisation vor dem Kriege war aber zum größten Teil aufs Nachbeten eingestellt, und wer heute aus der Empfehlung eines Buches, das andere Ansichten enthält, „Verwirrung“ befürchtet, der stellt seine Agitation auch wieder aufs Nachbeten ein. Das mache ich nicht mit, denn darin sehe ich gerade den Grund des kläglichen Zusammenbruchs der Sozialdemokratie. Mit Ingrimms denke ich noch heute daran, wie hier gefündigt worden ist. So hat z. B. im Frühjahr 1914 der Vorwärts die Schrift des Oberleutnants Frobenius „Des Deutschen Reiches Schicksalsstunde“ in höchst wegwerfender Weise kritisiert, sodaß ich in den Glauben versetzt wurde, es handle sich um eine tendenziöse Sudelei, die zu lesen sich nicht lohne. Wie war ich erst aunt, als ich nach Kriegsausbruch die Schrift vornahm und eine gründliche, sorgfältige, in jeder Hinsicht ausgezeichnete Arbeit vorfand, die nur den einen Fehler hatte, Ansichten vorzutragen, die der Vorwärts — und ich mit ihm — für falsch hielt! Der Vorwärts hatte mich also hinters Licht geführt. Warum? Weil er es verhindern wollte, daß die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei das Buch lesen, weil er „Verwirrung“ fürchtete. Ich dagegen will, daß die Sozialdemokraten alle ehrlichen Meinungen kennen lernen und dann selbst entscheiden, was sie glauben und was sie tun wollen.

Zum Schluß noch eins. Ich mache gar kein Geheimnis daraus, daß ich die Abfassung des Geleitworts auch deshalb übernommen habe, weil ich nicht von vorn herein das Zusammenarbeiten mit Leuten ablehnen wollte, die zwar in vielen und wesentlichen Ansichten sich von mir unterscheiden, die aber ehrlich etwas tun wollen für den Frieden, für die internationale Verständigung, für die Völkerbrüderung, und die, obgleich sie niemals Mitglieder der sozialdemokratischen Partei gewesen sind, dennoch mehr echten Sozialismus im Herzen tragen, als so mancher der lautesten sozialdemokratischen Wortführer.

Berlin-Lichterfelde, 12. März 1917.

Anmerkung der Redaktion. Die vorstehende Erklärung des Genossen Borchardt ging uns bereits vor einigen Wochen zu sie mußte aus Raumrücksichten bis heute zurückgestellt werden. Wir bringen die Erklärung zum Abdruck, weil dem Genossen Borchardt die gesamte Parteipresse zu seiner Rechtfertigung verschlossen blieb. Was den Inhalt seiner Erklärung betrifft, so vermag er in keinem Punkte unsere Auffassung zu erschüttern, daß die von Borchardt propagierte Toleranz praktisch in eine direkte Unterstützung des Imperialismus ausläuft. Auch Borchardt durfte über diese Wirkung seiner Handlung nicht im Zweifel sein. Für uns ist der Fall damit erledigt. Wir betonen aber nochmals mit allem Nachdruck, daß die Methode Borchardts den Interessen des Proletariats zuwiderläuft und daß wir sie, wo immer wir ihr wieder begegnen mögen, mit äußerster Schärfe entgegentreten werden.

Feuilleton

Das letzte Lied des alten Spielmanns.

Was sammelt ihr Gegner euch um mich her,
Was droht ihr von allen Seiten? —
Hurra! Ihr zwingt mich zur Tat und Wehr,
Und des Mannes Heil heißt: Streiten.

Wie oft schon sah ich mein irdisch Glück
Vor mir in den Abgrund sinken,
Und wandte doch immer wieder den Blick
Nach des ewigen Zieles Blinken.

Wie oft schon quälte mich herbe Not,
Mit Hungern und mit Frieren,
Doch immer zwang mich ihr Gebot
Mein letztes Selbst zu verlieren!

Ich blieb im Elend stolz und grad
Mit ungebeugtem Rücken,
Und schritt empor den Dornenpfad
Trotz aller Feindestücken.

Ich wuchs mit jedem Kampfestag
In meinem Innern nur höher —
Und jeder schwere Schicksalsschlag
Brachte dem Ziel mich näher.

Mich stählt das Leid, mich hebt der Drang,
Mich fördern die Widerfacher, —
Und droben jauchzt' ich den Siegesgesang,
Ein freier Weltverlacher!

Karl Weiser.

Die Stimmen der Völker.

Wer hat den grausamen Krieg entfacht,
Das furchtbarste Völkerzerfleischen —
Wer hat uns in Trauer und Elend gebracht
Mit rücksichtslos, kriegerischem Kreischen?
Wer hat den Neid und den Haß entrollt,
Der die Völker der Welt mußt gefährden?! — —
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Wer trägt die Schuld an dem fliehenden Blut,
Die Verantwortung für alles Vernichten? —
Wer schüret die Zwietracht zu rasender Blut,
Nicht achtend der menschlichen Pflichten?
Wer ist's, der dem Nachbar als Todfeind so grollt
Und dem Volke bringt Lasten, Beschwerden?! — —
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir streben nach Frieden auf Erden!

Ein jeder vermeint sich im sicheren Recht —
Der glühende Haß tief im Herzen
Den grimmigen Zorn und den Zwist nimmer schwächt,
Er vergrößert die Qualen und Schmerzen.
Das Volk in wachsender Not ringsum grollt
Den schlängengiftigen Gebärden,
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir erstreben den Frieden auf Erden. —

Den Frieden, der die Menschheit vom Jammer befreit,
Und sie eint in Lieb' und Vertrauen,
Der mit heuchelnder Lüge und Habgier und Neid
Nicht die Völker entsetzt voller Grauen.
Bernehmet die Stimme, die dem Donner gleich rollt,
Die beredteste Stimme hienieden:
Wir haben den schrecklichen Krieg nicht gewollt,
Wir wirken vereint für den Frieden! — —

W. Büniger.

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 16

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.: Amunderstraße Nr. 23. :.

Bremen, den 21. April 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:

Die Konferenz von Gotha	Seite 121
Die Kriekräfte der russischen Revolution	122
Demokratie in den Genossenschaften (Schluß)	124
Die Sozialdemokratie Schwedens gespalten. Von E. N. Carleson	125
Feuilleton:	
Völkerfrühling. Von Manfred Harger	127
Zeugen und Rufen	128
Springer. Epilog von Ferd. Freiligrath	128

Die Konsequenz von Gotha.

In doppelter Hinsicht hat sich die Lage in der sozialistischen Bewegung Deutschlands im Laufe dieses Jahres völlig geändert. Als nach der Januarkonferenz der Opposition die Spaltung der Sozialdemokratie eintrat, war dem Kampf um die Macht innerhalb der Partei, der sich in den Formen der theoretischen Auseinandersetzungen vollzog, der gemeinsame historische Boden entzogen worden. Die Spaltung der Partei hatte eine Fülle verschiedenartigster organisatorischer Situationen geschaffen, in denen sich jetzt die Auseinandersetzung zwischen dem Parteizentrum und den Linksradikalen vollziehen mußte. Diese Auseinandersetzung, die ihren Ursprung bereits in den Debatten über die russische Revolution und den Massenkrieg, also lange vor dem Kriege, hatte, wurde jetzt von aktuellster Bedeutung. Sie war gleichzeitig aus dem Stadium der Theorie in das der organisatorischen Praxis getreten.

Die Linksradikalen standen vor der Frage, ob sie, in der Erkenntnis, daß die Gegensätze zwischen sich und dem Parteizentrum unüberbrückbar sind, ein organisatorisches Kompromiß, mit der ausgesprochenen Absicht, eine neue Spaltung der Opposition herbeizuführen, eingehen, oder ob sie die Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation vornehmen wollten. Die Meinungen hierüber gingen in den Reihen der Linksradikalen auseinander, und innerhalb der Gruppe „Internationale“ selbst traten die Gegensätze scharf zutage. Wer den Duisburger „Kampf“ in den letzten Monaten verfolgte, konnte erkennen, wie klar sich diese Gegensätze in diesem „Zentralorgan“ der Gruppe „Internationale“ wider-

spiegelten. Die Duisburger selbst vertraten mit Entschiedenheit den Standpunkt der Vonselbständigung, während die Berliner Leitung der Gruppe, ihr voran Grachus, mit derselben Entschiedenheit für den Anschluß an das Parteizentrum eintrat.

Es ist gewiß kein Zufall, daß diese Gegensätze innerhalb der Gruppe „Internationale“ bestehen. Sie bestanden bereits vor dem 7. Januar in einer anderen Frage: die der Gruppe angeschlossenen Linksradikalen von Duisburg, Frankfurt a. M., Dresden propagierten die Austrittsbewegung, während die Berliner Leitung in Übereinstimmung mit uns den Kampf gegen die Sozialpatrioten zunächst innerhalb der Gesamtpartei ausgetragen wissen wollten. Mit den Duisburger Genossen stimmten wir aber wieder in der Auffassung von der Notwendigkeit der Spaltung und ihrer Propaganda überein, während hier wieder ein neuer Differenzpunkt zwischen den Duisburger Genossen und uns einerseits und der Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ andererseits bestand. Durch alle die verschiedenartigsten taktischen Gegensätze unter den Linksradikalen zieht sich aber wie ein roter Faden die Stellung zu der Frage: wie verhalten wir uns zum Zentrum der Partei? Die Duisburger und die ihnen angeschlossenen rheinischen Genossen sind sich von Anfang an mit uns völlig darin einig gewesen, daß der Bruch auch mit dem Parteizentrum erfolgen müsse, ja, die Austrittsbewegung war nur der kräftigste Ausdruck dieser Auffassung. Die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ dagegen hat von allem Anfang an sich nur sehr schwer und sehr langsam für die Trennung vom Zentrum der Partei entschließen können.

Als die „Lichtstrahlen“ die Gegensätze zwischen den beiden oppositionellen Richtungen bereits mit aller Schärfe hervorhoben und die Notwendigkeit der Spaltung auch mit den Zentrumsleuten propagierten, bestand zwischen der Gruppe „Internationale“ und den Ledebouristen noch lange die einträchtigste Arbeitsgemeinschaft. Es haben sich während der ganzen Zeit ihrer Existenz innerhalb der Gruppe „Internationale“ zwei deutlich voneinander unterschiedene Flügel bemerkbar gemacht.

Der eine, unter der Leitung der Berliner „Instanz“, am wirksamsten gestützt durch die „Gleichheit“, bewegte sich rechts, der andere, hauptsächlich vertreten durch einige Berliner Wahlkreise und durch die rheinischen Genossen, am wirksamsten gestützt durch den „Kampf“, bewegte sich links. Es ist bemerkenswert, daß die Vertreter des linken Flügels den ökonomisch entwickeltesten Gebieten Deutschlands angehören, wie sie jetzt auch den stärksten Sukkurs aus den beiden großen Hansestädten mit ihrer hochentwickeltesten Werstindustrie erhalten haben. Wenn nun die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ den Bruch mit dem Parteizentrum so schweren Herzens vollzog, und wenn sie jetzt in Gotha wieder den Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft suchte, so ließ sie sich gewiß vornehmlich von dem Streben leiten, möglichst große Massen organisatorisch zu umfassen. Sie fürchtete sich davor, in der Minderheit zu bleiben.

Dieser Gedanke entspringt ganz der Auffassung, von der die alte Partei beherrscht wurde und die die alte Partei seit je hinderte, den organisatorischen Bruch mit den Revisionisten zu vollziehen. Indem die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ diesen Standpunkt des Massenticks vertritt, überträgt sie die alte Auffassung von der Bedeutung der Organisationen auf eine völlig veränderte historische Situation in einer für die gesamte Internationale höchst bedeutsamen Uebergangszeit.

Es ist nämlich noch insofern eine gewaltige Veränderung in der allgemeinen Situation vor sich gegangen, als durch das russische Proletariat der Massenkampf um den Sozialismus in größtem Maßstabe eröffnet worden ist. Wenn die Arbeitsgemeinschaft auch jetzt noch ihre alte Haltung bewahrt, so tut sie es schließlich aus denselben Gründen, die die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ hindern, den Bruch mit der Arbeitsgemeinschaft zu vollziehen.

Wenn die Arbeitsgemeinschaft und mit ihr die Berliner Leitung der Gruppe „Internationale“ trotzdem aus „taktischen“ Gründen wichtige Aufgaben versäumt, so beweist das, daß sie beide in einem besonderen Verhältnis zu der neuen Situation stehen: die Arbeitsgemeinschaft ablehnend, der rechte Flügel der Gruppe „Internationale“ zögernd. Sie beide aber lassen sich bestimmen von den alten Vorstellungen über die Bedeutung der Organisationen und des Führertums.

Das Dasein eines linken Flügels der Linksradiakalen aber beweist, daß die alten Formen zwar noch aus der Klärungsflut der Parteiwirren vorübergehend wieder auftauchen können, daß aber eine wachsende Gegenströmung ihre Entwicklung von vornherein hemmt. Der linke Flügel der Linksradiakalen hat daher die Pflicht, sich selbständig zu machen, um die Entwicklung der Arbeiterbewegung dem Stande der Situation gemäß in die

Bahnen zu lenken, in denen sich die großen Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in der Zukunft vollziehen wird. Wir empfehlen den linksradiakalen Genossen im Reiche, die der neuen Partei nicht beitreten können, sich zunächst örtlich selbständig zu machen, um dann alsbald miteinander Fühlung zu nehmen. Die Hamburger Genossen sind bereits mit einem guten und tapferen Beispiel vorangegangen. Es ist der Beginn einer neuen Epoche in der Arbeiterbewegung Deutschlands. Wer ihren Sinn begriffen hat, tue mit!

Die Triebkräfte der russischen Revolution.

5. Der Kampf um den Frieden.

Im Zentrum aller Fragen der Revolution steht die Kriegs- und Friedensfrage. Wenn auch die historischen Wurzeln dieser Revolution viel tiefer liegen — ist sie doch nicht nur ein Resultat des Krieges, sondern des langen Zerfallsprozesses Rußlands, wie der langen revolutionären Kämpfe — so wurde sie ausgelöst durch den Krieg. Die Bourgeoisie kam in Opposition zum Zarismus, weil sie den Krieg energischer führen zu können glaubte, die Volksmassen erhoben sich, weil sie gegen die schrecklichen Kriegsfolgen kämpfen wollten. Aber nicht nur diese Entstehung der Revolution aus dem Krieg stellt die Kriegsfrage ins Zentrum aller Kriegsprobleme. Der Zarismus ist gestürzt; aber ein neues Gebäude ist noch nicht errichtet. Da entsteht die Frage: wie wird die Weiterführung des Krieges, sein Ausgang auf den inneren Ausbau Rußlands wirken? So konzentrieren sich alle Widersprüche der Revolution, alle ihre Gegensätze auf die Frage: Krieg oder Frieden?

Die imperialistische Bourgeoisie will den Krieg bis zum Siege. Dieses Sieges wegen hat sie zwar gegen den Zarismus frondierte, und dazu beigetragen, die Lage zu schaffen, in der der Sieg der Revolution möglich wurde. Und indem sie den Krieg bis zum Ende propagiert, erklärt sie, dem Werke der Demokratisierung Rußlands zu dienen. Nur wenn Rußland seine imperialistischen Ziele verwirklicht hat, in erster Linie, wenn es Konstantinopel besitzt, die freie Durchfahrt durch die Dardanellen, hat es Aussicht auf eine gedeihliche wirtschaftliche Entwicklung, ohne die der innere Ausbau unmöglich ist. Nur die Zertrümmerung Oesterreichs, die Niederlage Deutschlands, der allgemeine Sieg der Entente, wird ein demokratisches Europa entstehen lassen, in dem Rußland vor den konterrevolutionären Eingriffen Deutschlands geschützt sein wird. Und darum ist jeder ein Verräter an der Revolution, der nicht für den imperialistischen Krieg der Herren Gutschkow und Miljukow eintritt. Die russischen Arbeiter werden diesem Rattenfängerlied nicht folgen. Vorerst kennen sie die Herren Miljukow und Gutschkow, d. h. die großen Kapitalisten, liberalen Sunker und Professoren zu gut. Die Revolution 1917 weiß von keinen Flitterwochen. Alle ihre Akteure kamen in der Zeit 1907—1916 in so nahe Berührung, daß sie für einander keine Ueberraschungen mehr bergen. Die liberalen Bourgeois vom Zeichen Miljukows klagten zwar in dieser Zeit den Zarismus an, aber sie waren

immer bereit, mit ihm gegen die Demokratie zu konspirieren; sie kämpften nicht um die Niederwerfung des Zarismus, sondern um seine Zustimmung, Modernisierung. Und noch am 14. März, nach dem Siege der Revolution, erklärte sich Miljukow für die konstitutionelle Demokratie, gegen die Republik. Wenn schließlich das Zentralkomitee seiner Partei, der Kadetten, sich für die Republik erklärte, so geschah das unter dem wachsendem Druck der Massen und kann deshalb bei ihnen kein Vertrauen erwecken. Mit Herrn Gutschkow und seiner Partei, den Oktobristen, liegen die Dinge noch klarer. Es gibt keine Schandtat des Zarismus nach 1905, an der diese Partei der Großkapitalisten, der geschworenen Feinde des Proletariats, nicht mitschuldig wäre. Und das sollen die Verteidiger der Demokratie sein, sie sollen einen Krieg führen, der die Sicherung der Republik in Rußland zum Ziel haben sollte? Nur durch den Kampf gegen sie, den Kampf bis aufs Messer, den Kampf mit dem Ziele ihres Sturzes, kann man die Demokratie in Rußland sichern. Dieser Kampf gilt auch ihren Kriegszielen. Sie bilden nicht nur keine Vorbedingung einer gedeihlichen wirtschaftlichen Entwicklung Rußlands, sondern umgekehrt, verwirklicht, werden sie Rußland die größten Lasten aufladen. Konstantinopel und die Durchfahrt durch die Dardanellen sind für die friedliche Entwicklung Rußlands unwertig. Wenn Rußland mit der Türkei im Frieden lebt, kann es seine kornbeladenen Schiffe so oft in die Welt hinaus senden, wie es ihm gefällt. Die Dardanellen sind Rußland nur dann nötig, wenn es an die weitere Raubpolitik des Imperialismus denkt, wenn es im Mittelmeer auf Abenteuer ausgehen will. Das bedeutet aber neue ungeheure Rüstungen, neues Schürzen von Knoten, zu deren Durchhauen dann wieder Millionen russischer Bauern und Arbeiter ihr Leben hergeben müßten.

Das Kriegsziel der Kadetten wie das der Oktobristen erfordert den Krieg bis zum Weißbluten Europas, den Krieg, der die Kriegslasten zu einem zermalmenden Berge anwachsen ließe. Und sollte dieses Ziel erreicht werden, so müssen die russischen Bauern und Arbeiter sich auf neue Kriege vorbereiten. Es ist klar: die Interessen der russischen Revolution erfordern den Kampf auf Leben und Tod gegen die Kadetten und Oktobristen, gegen die provisorische Regierung, die ihre Ziele verfolgt. Es verrät die Revolution — mögen seine subjektiven Absichten nach so gut sein — wer, wie der kleinbürgerliche Demokrat Kerenski in dieser Regierung sitzt.

Sa, wir müssen gegen die imperialistischen Kriegsziele kämpfen, aber wir können trotzdem die Waffen nicht niederlegen, bis der preußische Militarismus, bis die Hohenzollern nicht besetzt sind. Kommen sie aus diesem Kriege heil davon, so wird es keinen Platz für die russische Republik geben. Wir müssen die junge russische Freiheit mit Bajonetten so lange verteidigen, bis die ihr von außen drohende Gefahr durch den Sieg der Entente überwunden wird. So erklären nicht nur die offenen Sozialpatrioten, die Plechanow im Ausland, die Potressow, Tschenkeli in Rußland, sondern auch die Zentrumsleute wie der Abgeordnete Tschcheidt, Skobelew und seine Anhänger, die formell die Zimmerwalder Beschlüsse anerkennen. Auf diesem Standpunkt steht die Mehrheit des Petersburger Arbeiter- und Soldatendelegiertenrates, der Vertretung der Volksmassen Peters-

burgs. Triumphierend berichtet die Entente-Prese: mit Ausnahme der „Extremisten“, der Bolschewiks, die gekaufte Agenten Deutschlands oder fanatische Narren sind, sind alle Sozialisten Rußlands für die Weiterführung des Krieges, den sie als einen Verteidigungskrieg darstellen. Und würden die Sozialpatrioten wie Zentrumsleute Aussicht haben, das Uebergewicht, das sie einstweilen in dem Arbeiterdelegiertenrate besitzen, zu behalten, die Entente hätte allen Grund, sie an ihren Busen zu drücken: denn die Herrn Sozialpatrioten, wie die Zentrumsleute dienen durch ihre Arbeit nicht nur den Zielen der Entente, ihres Imperialismus, sondern sie arbeiten den Miljukows und Gutschkows, also den Gegnern des Sieges der Revolution, den Segnern der Republik in die Hand.

Die Herren Sozialpatrioten und Zentrumsleute erklären: ja, wir sind gegen die imperialistischen Kriegsziele, ja, wir sind dagegen, daß um die Eroberung der Dardanellen und Konstantinopels das Blut der russischen Bauern und Proletarier fließe. Wir wollen nur die russische Republik vor den preußischen Bajonetten verteidigen. Das ist sehr schön. Aber wenn die imperialistische Bourgeoisie am Ruder bleibt, wenn die Gutschkows und Miljukows die Regierung in der Hand behalten, dann gelten doch nicht die Wünsche der Sozialpatrioten und Zentrumsleute, sondern die Kriegsziele des russischen Imperialismus und der Entente. Sollte die Entente mit Hilfe der russischen Sozialpatrioten und Zentrumsleute siegen, so wird es der Sieg des Imperialismus sein und nicht der Friede ohne Annerkennung und Kontributionen, den der Arbeiterdelegiertenrat als sein Ziel proklamiert. Würden die russischen Arbeiter und Bauern die provisorische Regierung der imperialistischen Bourgeoisie stürzen, alle imperialistischen Bündnisse und Verpflichtungen, die der Zarismus eingegangen und die provisorische Regierung anerkannt hat, aufheben, dann könnten sie sagen: wir haben die Republik gesichert, die keine Eroberung will, dann könnten sie sagen, wer gegen uns ist, der führt einen Eroberungskrieg, dann könnten sie an das Proletariat aller Länder appellieren, es aufrufen zum Friedensschluß aller Völker. Dann würde die russische Revolution sagen können: Friede der Völker gegen den Imperialismus, oder das Jahr 1793 des russischen Proletariats und Bauerntums, der Kampf der russischen Revolution gegen alle reaktionären Kräfte der Welt. Wir werden noch sehen, ob die Vorbedingungen für einen solchen revolutionären Krieg gegeben sind, jetzt wollen wir nur feststellen, daß es direkt lächerlich ist, wenn die Tschcheidts und Skobelews sich in die Pose der Dantons werfen. Einstweilen helfen sie den Segnern der russischen Republik, nicht nur den Girondisten, sondern sogar den Feuillants der russischen Revolution, nicht nur den Kadetten sondern den Oktobristen. Denn was bedeutet praktisch die Lösung: wir führen weiter den Verteidigungskrieg? Sie bedeutet nicht nur, daß die russischen Soldaten einstweilen weiter ihr Blut für die imperialistischen Ziele verspritzen, sie bedeutet den Burgfrieden im Innern.

Der Arbeiter- und Delegiertenrat kann Tag für Tag mit der provisorischen Regierung haben, wie es die Blätter berichten. Aber er darf nicht den Arbeitern sagen: führt, wie ihr im Dezember 1905 getan habt, den

Kampf um eure proletarischen Rechte! Denn würden die Sozialpatrioten und Zentrumsleute dies tun, sie würden die Kriegsführung ungeheuer schädigen, da die Munitionsproduktion gestört und geschwächt würde. Wollen die Sozialpatrioten und Zentrumsleute „einstweilen“ das Vaterland verteidigen, so dürfen sie nicht auf die sofortige Demokratisierung des Heeres drängen, auf die Abschaffung der Vorrechte der Offiziere, denn durch den Kampf um diese Ziele schwächen sie momentan die Schlagkraft der Armee. Wollen die Sozialpatrioten die alte Generalität behalten, deren Abschaffung die jetzige Schlagkraft der Armee zweifelsohne mindern würde, so dürfen sie nicht den Bauern sagen: nehmt sofort den feudalen Großgrundbesitzern den Grund und Boden weg. Würden sie dies tun, so würden die Herren Generale, die mit den Junkern verflochten und verschwägert sind, ganz gewiß sich erst überlegen, ob es sich ihnen lohnt, ein so undankbares Vaterland zu verteidigen.

Kurz zusammenfassend: die Sozialpatrioten und die Zentrumsleute wollen einstweilen unter Führung der Gutschkow und Miljukow das Vaterland verteidigen, damit die junge russische Freiheit dem preußischen Militarismus nicht unterliege. Aber diese Freiheit kann nur gesichert werden — wie es die Geschichte aller Revolutionen beweist — wenn die Arbeiterklasse und das Bauerntum ohne auf die konstituierende Versammlung zu warten, die Demokratie von unten durchführt, wenn sie die faktische Macht erobert, sie sozial verankert. Auf diese wirkliche Sicherung der Revolution müssen die Sozialpatrioten und Zentrumsleute verzichten, wenn sie unter der Leitung der imperialistischen Bourgeoisie den Krieg weiterführen wollen. Die Revolution, deren Sicherung ihr Ziel ist, wird den Gegnern der Revolution ausgeliefert. Das einzig Reale was bleibt, ist der Kampf um die imperialistischen Ziele.

Aber zum Glück für die Revolution ist ihre Logik stärker, als die der Sozialpatrioten und Zentrumsleute. Trotz der Bemühungen der liberalen Bourgeoisie und ihrer sozialpatriotischen und zentrierten Helfershelfer läßt sich der Titan schwer bändigen. Wie die große Ententepresse zähneknirschend meldet, geht der Kampf der Arbeiterschaft um Durchführung der Demokratie und den Achtundentag, um Grund und Boden weiter. Dieser Kampf richtet sich aber gegen die weitere Kriegsführung. Und er findet seine Träger in den Sansculotten, den „Gurages“ der russischen Revolution, in den revolutionären internationalen Sozialdemokraten Rußlands, den Bolschewiks, die sich der vorübergehenden Welle republikanisch-revolutionärer Illusionen entgegenstemmen. Und nichts beweist besser das Wachstum ihrer Kraft, wie die Wut, mit der sie von der Times, dem Temps, diesen ausgesprochensten Organen des europäischen Finanzkapitals, bekämpft werden.

Die Geschichte der russischen Revolution, der europäischen Umwälzung, des Friedens hängen in der nächsten Zeit von den Geschicken dieser proletarischen Partei ab. Die Frage ihres Standpunktes und ihres Kampfes, die wir demnächst behandeln werden, fällt zusammen mit der Frage der Aussichten der russischen Revolution.

Demokratie in den Genossenschaften.

(Schluß.)

Wir sehen, daß dieser Zug zur Autokratie in der Entwicklung der Tatsachen selbst seine Wurzel hat. Um so notwendiger aber ist es, dem entgegenzuwirken. Mittel dazu sind zunächst: Wählbarkeit der leitenden Beamten auf kurze Perioden durch die Vertretungskörper der Mitgliedschaft, und dann: Ausbau der demokratischen Kontrollinstanzen.

Nun ist vor zwei Jahren auf dem Hamburger Genossenschaftstag eine Einrichtung geschaffen worden, die anscheinend einen Schritt auf dem Wege zur Demokratie bedeutet: der Generalrat.

Er soll eine Instanz über Vorstand und Ausschuß bilden, die aus etwa 120 Vertretern besteht und bei der Verwaltung des Verbandes und seinen wirtschaftlichen Unternehmungen mitzuwirken hat. Also: Einschränkung der Vorstandsgewalt, Erweiterung der Mitgliederrechte, Weiterentwicklung zur Demokratie. Aber gemacht! Die Demokratisierung müßte sich zeigen in dem Zurückdämmen des überwuchernden Einflusses der Bureaucratie. Der pseudodemokratische Fortschritt in der Genossenschaftsbewegung geht gerade den entgegengesetzten Weg. Im Generalrat herrscht das Beamtenelement vollständig. Er wird zusammengesetzt aus je 12 Vertretern der neun Revisionsverbände und 12 Vertretern der Großeinkaufsgesellschaft. Zu diesen 12 Vertretern jedes Revisionsverbandes müssen Vorstand und Aufsichtsrat des Revisionsverbandes und der Sekretär gehören. Die übrigen werden vom Revisionsverbandstag gewählt. Der Vorstand des Revisionsverbandes besteht nun aus drei, der Aufsichtsrat aus 5—7 Mitgliedern, sodaß unter Umständen nur ein einziger Vertreter wirklich zu wählen ist. Diese Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder sind aber fast durchweg Leiter von Konsumvereinen und man kann sicher sein, daß der eine zu wählende Vertreter, der dies nicht schon von Amtswegen ist, auch noch ein Vereinsleiter sein wird. So ist der Generalrat von vornherein gegen die Masse der Konsumvereinsmitglieder luftdicht abgeschlossen. Wer da wünscht, daß in der Genossenschaft nur möglichst gute Geschäfte für die Mitglieder gemacht werden, mag von einer so organisierten Kontrollinstanz befriedigt sein. Wer aber in der Genossenschaftsbewegung einen Teil der Emanzipationsbewegung der Arbeiterschaft sieht und wünscht, daß ihre höheren Ziele nicht vergessen werden, dem muß ein solches Konzil tüchtiger Einkäufer und Kassenbeamten doch bedenklich erscheinen.

Legend wirkt schon diese konzentrierte Lösung von Geschäftsgeist auf den demokratischen Firnis, mit dem der Generalrat überpinselt ist. Aber die ganze Politur verschwindet vollends, wenn man die Funktionen und Vollmachten des Generalrats betrachtet. Er muß zunächst einmal zusammentreten vor dem Genossenschaftstage, wo er gemeinschaftlich mit Vorstand und Ausschuß verhandelt. Andere Sitzungen werden gemeinschaftlich von Vorstand und Ausschuß einberufen. Jede dieser beiden Instanzen kann auch den Generalrat zu außerordentlichen Sitzungen laden. Aber aus eigenem Willen kann der Generalrat nie zusammenkommen, selbst wenn er glaubt, daß das Wohl des Ganzen sein Eingreifen fordert.

Die Aufgaben des Generalrats sind zunächst recht

nebensächlich. Er hat die Tagesordnung der Genossenschaftstage festzusetzen und dem Genossenschaftstage Vorschläge über Delegationen zu machen. Er bestimmt, welche Zeitschrift als Verbandsorgan gelten soll und er entscheidet über die Aufteilung von Revisionsverbänden. In all diesen Angelegenheiten darf der Generalrat schalten und walten, wie es ihm beliebt. Er ist aber schon nicht berechtigt, von sich aus Anträge an den Genossenschaftstag zu stellen, sondern kann dies nur gemeinschaftlich und mit Zustimmung von Vorstand und Ausschuß. Wie sich im übrigen das Verhältnis zu diesen beiden Instanzen gestaltet, mögen folgende Bestimmungen zeigen:

„Endgültig beschließt der Generalrat über alle diejenigen inneren Angelegenheiten des Zentralverbandes, deren Erledigung nicht in die Kompetenz des Genossenschaftstages fällt. In Angelegenheiten, die der gemeinschaftlichen Kompetenz des Vorstandes und des Ausschusses unterliegen, entscheidet, falls eine Einigung zwischen diesen beiden Organen nicht erfolgt, der Generalrat. . . . Beschlüsse des Generalrats, die von den Entschlüssen des Vorstandes und Ausschusses abweichen, bedürfen der Zustimmung des Genossenschaftstages.“

Der Gedanke liegt nahe: Das Bestreben, dem Generalrat möglichst wenig Rechte zu geben, ihm aber zugleich einzureden, daß er eine große Macht besitze, habe zu diesen krausen Bestimmungen geführt. Bemüht man sich, eine Harmonie in den Sinn dieser Sätze zu bringen, so ergibt sich Folgendes: Abgesehen von den oben erwähnten Nebensachen haben natürlich Vorstand und Ausschuß zunächst all die Fragen zu behandeln, die der Genossenschaftstag nicht zu erledigen hat. Der erste zitierte Satz besagt also gar nichts neben den beiden anderen. Nach diesen Instanzen aber darf der Generalrat nur dann eine bindende Entscheidung treffen, wenn Vorstand und Vorstand nicht einig sind. Will der Generalrat klüger sein als diese beiden Instanzen, dann zählt er nicht; dann ist er rein überflüssig. Der Generalrat absolut, wenn er dem Vorstand den Willen tut, meinte ein Delegierter auf dem Hamburger Genossenschaftstag.

Es scheint nun verwunderlich, ein Parlament von 120 Mann mit so geringen Vollmachten zu unterhalten. Wie kommen so praktische Leute zu einer so unbeholfenen, unötigen Einrichtung? Nun, sie kann ja den Vorstand und seine Tätigkeit kaum stören, aber sie bildet einen guten Schutzwall, hinter dem er stehen kann, wenn sich einmal eine Opposition regen sollte. Dann wird auch dieser Generalrat im Genossenschaftstag selbst wieder den Sauerteig bilden. Ist er einmal für einen Plan des Vorstandes gewonnen, dann gibt es im Plenum keine Schwierigkeit mehr. Die ganze Verwaltung funktioniert wie am Schnürchen und gerade die scheinbar größere Demokratie sichert die Autokratie.

Man mag das alles für Schwarzseherei halten. Dennoch wird man zugeben müssen, daß einem sich all diese Befürchtungen bei den eigenartigen Umständen aufdrängen. Dabei gab es auf jenem außerordentlichen Genossenschaftstag nur ein, zwei Redner, die sich gegen einzelne dieser Bestimmungen wandten. Auf dem Berliner Genossenschaftstage, wo Kaufmann schon die Organisation des Generalrats in den Grundzügen deutlich entwickelte, fand sich auch nicht ein Redner, der auch nur ein Wort über die Sache verloren hätte! Das zeigt, daß auch die Zu-

sammensetzung des Genossenschaftstages nicht den Ansprüchen der Genossenschaftsmitglieder entsprechen kann, worüber man sich übrigens auch ziemlich klar ist. Aber gerade durch den Generalrat, der erst alle schwierigen Punkte in geheimer Sitzung durchzuberaten hat, werden die Genossenschaftstage mehr und mehr zu blendenden Paraden. War Opposition vorhanden, so hat sie sich müde geredet und Friede, Friede herrscht überall. War es etwa in Dresden im vorigen Jahre nicht so? Hat man etwas erfahren über die Behandlung der Buchdruckerdifferenz, auf die die Arbeiterschaft gespannt war, weil sie wissen wollte, ob Unternehmerteil oder proletarische Auffassung das Regiment in der Kaufmannsburg führen sollen? Nichts ist bekannt geworden als eine fleischlose Protokollierung von wenigen Zeilen.

Die innere Verwaltung der Genossenschaften wird, wenn diese Entwicklung weiter geht, immer mehr ein Mysterium einer kleinen Gruppe von Leuten, die den Massen immer mehr entfremdet werden und dem reinen Geschäftsgeist als höchster Maxime huldigen. Dagegen helfen nur demokratische Reformen. Aber die werden nicht kommen und, wenn sie eingeführt werden, nicht den demokratischen Inhalt haben, solange die Massen der Mitglieder sich nicht um das innere Leben der Genossenschaften kümmern. Nur durch unausgesetzte Betätigung in der Genossenschaft können demokratische Rechte erungen und gehalten werden. Die Masse selber ist ihres Glückes Schmied. —

Die Sozialdemokratie Schwedens gespalten.

Eine neue Partei im Werden.

Der im Februar abgehaltene Kongreß der schwedischen Sozialdemokratie hat den inneren Zwiespalt zum offenen Ausschneiden der Linksguppe der Partei gebracht. Seit mehreren Jahren wurde die Linke, ihrer strengen prinzipiellen Haltung wegen, als der Mehrheit unbehagen betrachtet. Insbesondere war dies der Fall in der Rüstungsfrage, wo die radikale Minorität den Kampf für die Abrüstung, einem früheren Kongreßbeschlusse gemäß, als eine aktualisierte Forderung von parlamentarischer Natur führen wollte. Dagegen hat die Mehrheit der Reichstagsfraktion sich immer gesträubt.

Der diesjährige Kongreß hat jetzt — trotz der Erklärung des Internationalen Kongresses in Kopenhagen von den kleinen Nationen, als die Trägerinnen der Abrüstungsfrage, und trotz des erhabenen Beispiels, das unser neutrales Land gleichwie Norwegen, von der prinzipiellen Verwerfung der Rüstungen hätten geben können — aus der seit dem Jahre 1911 geltenden Resolution von der Abrüstung all das Wesentliche gestrichen. Die alte Partei ist also nunmehr prinzipieller Anhänger von der „positiven“ Landesverteidigung durch ein mehr oder weniger militärisches Heeres- und Flottenwesen.

An die Frage anknüpfend hat die Linke auch gegen den Ministerialismus der Parteirechte ihre Stimme erhoben. In Schweden hängt das Eintreten von Sozialdemokraten in eine liberal-sozialistische Regierung, also in eine Koalitionsregierung, vor allem von ihrem Standpunkt zum Militarismus ab. Jedoch dürften auch andere

Gesichtspunkte in Betracht kommen. Geheime Verhandlungen sind unter den sozialdemokratischen und den liberalen Parteiführern zum Schaffen einer gemeinsamen Regierungsplattform geführt, und also wurde und wird die alte Partei vor die tiefgehende Frage gestellt, ob sie ihren Charakter als Klassenkampfpartei abschwören soll oder als der konsequente Vertreter des proletarischen Klassenkampfes sich weiter betätigen will.

Die Linke fordert die demokratische Republik. Somit war das Hauptziel der Linksoption, und ist das Ziel der neuen sozialdemokratischen Partei, vor allem das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu wahren. Dies vor allem in Hinsicht auf die nächste Zukunft in allen Ländern.

Auch ist zu bemerken, daß der innere Parteistreit auf die Bergenaltigung der Minorität von Seiten der Mehrheit durch Maßnahmen, die den Grundprinzipien jeder sozialdemokratischen Partei den gefährlichsten Abbruch tun, sich abgespielt hat. In der Reichstagsfraktion wurde von der Mehrheit ein „diszipliniertes Statut“ angenommen, wodurch der Linksminorität selbständige Anträge zu stellen oder selbständig zu stimmen, gleichviel ob die gestellten Anträge in voller Uebereinstimmung mit dem Parteiprogramm stände — die Linke wollte nur das Programm als Richtschnur gelten lassen, während die Mehrheit mehrmals dagegen verstoßen hatte — ausdrücklich verboten.

In vielen Fällen hatte die Linke dringende Ursache gehabt die Mehrheit an das Parteiprogramm und an die Verpflichtung dem sozialistischen Geist der Partei gegenüber zu erinnern. In einer gewissen Gesetzgebungsfrage wurde sogar durch die Mehrheit die bürgerliche Gleichheit vor dem Gesetz verletzt. Auch in den Zollfragen nahm die Parteirechte — trotz der Teuerung der Kriegszeit — eine sehr schwankende und schwache Haltung ein. Dasselbe kann auch gesagt werden von ihrem Auftreten im Reichstage gegenüber den Versuchen der Idee der Sozialisierung gewisser Erwerbszweige Bahn zu brechen. Der Linken wurde verboten, gegen das Militärbudget zu stimmen.

Der Geist des „Disziplinarstatuts“ offenbarte sich endlich in dem an den Sozialdemokratischen Jugendverband gerichteten sogen. „Ultimatum“, d. i. eine Aufforderung in sehr kategorischer Form an diese, formal außerhalb der Partei stehende Organisation, seine unabhängige Stellung aufzugeben. Das war ein Versuch, auf Umwegen der ganzen Parteilinken zu Leibe zu gehen. Der Jugendverband, der solche Vorschläge natürlich abgelehnt hatte, hatte außer vielen anderen „Fehlern“, auch das Verbrechen auf dem Gewissen, am Einberufen eines Arbeiterkongresses im Frühjahr 1916, um den Friedenswillen der Arbeiter zu betätigen, teilgenommen zu haben. Diesem Kongreß folgte der bekannte schwedische Hochverratsprozeß gegen Höglund, Heden und Niljund. Der Kongreß wurde von dem größten Teil der sozialdemokratischen Presse, unter dem klatschenden Beifall der liberalen Blätter, heftig angegriffen. So kam es schließlich zum Kampf um die Autorität des hohen und bürgerlichen, halb liberalen Elementen eingesprengten Parteivorstandes. Sehr lahm traten die Parteimehrheit und die vom Vorstand beherrschte sozialdemokratische Presse gegen den Hochverratsprozeß auf. Es war sogar deutlich, daß

Branting u. a. in der Tiefe ihrer Seelen an der durch die Behörden dem Jugendverband und dessen Sprachrohr „Stormklockan“ erteilte „Lektion“ sich erfreuten.

Alle diese verschiedenen Momente haben sich zu einer so hochgradigen Spannung verdichtet, daß eine Spaltung schließlich unvermeidlich wurde. Auf dem Parteikongreß wurden sogar gewisse hervorragende Mitglieder der Opposition in Acht und Bann erklärt und verlangt, daß sie ihren Irrlehren und ihrer Taktik abschwören sollten, oder binnen kurzer Frist aus der Partei hinausfliegen würden. Seitdem sind die Unterzeichner des Manifestes, worin die Grundlinien der neuen Partei gezogen werden, von „dem großen Bannstrahl“ der alten Mischmaschpartei getroffen. Sie habe mit vollkommener Gemütsruhe diese parteipäpstliche „Bulle“ empfangen. Unter den ausgetretenen Genossen sind auch einige, die seit den 80er Jahren der Partei angehört haben.

Infolge solcher Ausschweifungen hat die alte Partei ihren sozialdemokratischen Namen verwirkt: sie ist nunmehr nationalsozialistisch, sozialliberal oder was sonst — ein bürgerlich-proletarisches Brei und in allen Richtungen verkommen.

Die neue sozialdemokratische Partei befindet sich jetzt im Werden. Sie zählt im Reichstage 15 Mitglieder. Ihr Name ist: „Die Sozialdemokratische Linke“. Die neue Richtung, die auf dem Kongreß der alten Partei durch ihre 40 Delegierten mehr als 40 Prozent der Wählermasse zu den Kongreßwahlen repräsentierte, wird Mitte Mai ihren ersten konstituierenden Parteitag abhalten.

Aus unserm politischen Tagebuch.

19. April.

Der Vorstand der „Unabhängigen Sozialisten Deutschlands“ ist fertig. Haase und Ledbour sind die Vorsitzenden. Dittmann und Frau Zieg sind Sekretär. Hofer, Wengels und Laukant sind Beisitzer. Damit hätte denn die Parlamentspolitik in der „neuen“ Partei ihre fröhliche Urständ gefeiert, und die Arbeiterschaft, die sich dieser Partei anschließt, hat weiterhin das Vergnügen, sich schöne Reden vorhalten zu lassen. Sie wird mit Vertrauen auf ihre neuen Führer blicken: auf Haase, der sein politisches Gewissen vergewaltigte, um nur ja nicht gegen die Traktionsdisziplin zu verstoßen — er verließ am 4. August die hochsozialpatriotische Erklärung der Fraktion — Ledbour, dem seine Baralongrede unvergessen bleiben wird, Dittmann, der manchen Monat hindurch der eifrigste Verfechter der Politik vom 4. August war. Frau Zieg und Herr Wengels, die noch bis zuletzt bei den Herren Ebert u. Co. aushielten. Laukant, der ein fanatischer Parteigänger der Arbeitsgemeinschaft ist. Und schließlich Hofer, ein braver Mensch, der es gut meinen mag, der aber leider unter den Haaseaten nicht viel ausrichten kann. Ihnen allen soll die Arbeiterschaft ihr politisches Vertrauen schenken, nachdem sie dieses Vertrauen in so vielen Stunden getäuscht haben!

Uebrigens vermissen wir im Vorstand ganz die Gruppe „Internationale“. Daß sie auf die Teilnahme am Vorstand verzichtete, ist nicht anzunehmen, denn sie ließ ihren Schnellbacher mit in den Beirat wählen. Er wird im Beirat alles vermeiden, was irgendwie Anstoß erregen könnte; denn er zeichnete sich auf der Konferenz durch ganz besondere Werbetätigkeit für den Einigungsgebanken aus. Ist die Gruppe „Internationale“ im Vorstand nicht stärker vertreten, so kann man schließen, daß ihr nicht daran liegt, den Kampf gegen die Arbeitsgemeinschaft mit Energie zu führen. Es

hieß aber doch, daß man der U. G. beitreten solle, um an die „Massen“ aufklärend herankommen zu können. Oder hieß es anders? Man kennt sich bald bei der Gruppe „Internationale“ nicht mehr recht aus. Die Berliner Diplomatesiererei beginnt allmählich ihre wurmfischigen Früchte zu tragen.

Die linksradikalen Genossen in Hamburg haben sich entschlossen, der neuen Partei der Unabhängigen Sozialisten Deutschlands nicht beizutreten. Sie sind also mit der Gründung einer eigenen linksradikalen Organisation vorangegangen. Sie waren einsichtig genug, um sich vor den desorganisatorischen Wirkungen des Gothaer Kompromisses zu bewahren, und sie sind kühn genug, den eigenen Weg zu beschreiten. Die Hamburger Linksradikalen sind sich darin einig, daß es in Zukunft keine in Partei und Gewerkschaften getrennte zweifelhafte Arbeiterbewegung geben darf. Sie vertreten mit Nachdruck den Gedanken der Einheitsorganisation und werden gerade in diesem Sinne wirken. Alle Arbeiter also, die den freien Gewerkschaften, deren imperialistischer Charakter klar zutage liegt, den Rücken gekehrt haben, werden in der neuen Organisation also eine Stelle finden, wo sie sich wieder sammeln können. Pflicht der oppositionellen Arbeiter Hamburgs aber ist es, wenn sie sich in den Dienst der linksradikalen Bewegung stellen wollen, der neuen Organisation beizutreten. Und auch den übrigen linksradikalen Elementen in ganz Deutschland, soweit sie den verhängnisvollen Schritt der Gruppe „Internationale“ nicht billigen, erwächst die Pflicht, zunächst örtlich oder provinziell ihre Selbständigkeit zu proklamieren, um die linksradikale Organisation über das Reich vorzubereiten.

An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen alle unsere Abonnenten, die die Zeitung durch die Post zugestellt erhalten, ihre Adresse genau aufzugeben, da sonst Verzögerungen und Unregelmäßigkeiten vorkommen.

Unsere Feldpostabonnenten erinnern wir daran, daß sie uns ihre Adresse mitteilen müssen, sobald sich diese ändert.

Diese Einfallspinsel! Sie verteidigen das Recht der Majorität, und doch sind die Stimmberechtigten eine kleine, willkürlich begrenzte Minderzahl.

Die Stimmberechtigten unter uns sind in der Minorität. Hat aber die Minorität recht?

Das Gewissen ist nichts Stabiles. Es variiert bei den verschiedenen Individuen und im Wechsel der Zeiten. Des Bauern Gewissen ist altmodisch, abgelebt. Die abgelebten und die werdenden Gewissen sind es, zwischen denen die Parteikämpfe geführt werden.

Wünschen und Wollen. Unsere ärgsten Gebrechen kommen daher, daß wir diese beiden Dinge durcheinanderbringen.

Die Ethik und der Idealismus bestehen fortan darin, den wissenschaftlichen Gedanken in den Dienst des Proletariats zu stellen. Antonio Labriola.

Das Reich der Freiheit beginnt erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion. Karl Marx. (Das Kapital) 1866.

Feuilleton

Völkerfrühling.

Von Manfred Harger.

Niemals werde ich den ersten Maientag vergessen, den ich vor zehn Jahren in einer kleinen mecklenburgischen Stadt verlebte.

Wir waren unserer sechzehn, lauter junge von sozialistischen Ideen erfüllte Männer. Mit den Gesinnungsgenossen der Nachbarorte standen wir in regem Verkehr. Da auch mehrere Staatsangestellte unserer Verbindung angehörten, mußten unsere Zusammenkünfte und dergleichen stets heimlich erfolgen, was ihnen den Reiz des Geheimnisvollen verlieh.

Es war beschlossen worden, die Maifeier besonders festlich zu begehen; selbstverständlich in aller Heimlichkeit. Ein Mitglied hatte uns sein Lokal, eine in der Umgegend belegene kleine Gartenwirtschaft, zur Verfügung gestellt. Für die Feste war uns ein alter Landwirt, dessen Begeisterung für die Sache der Freiheit allen gut bekannt war, empfohlen.

So pilgerten wir froh am Mittag des ersten Mai auf schlammigen Waldwegen zum Festort. Es war ein nahkalter trüber Tag. Lang und kalt war der Winter gewesen. Der März hatte seine neun Sommertage, die zu liefern er verpflichtet sein soll, nicht gebracht und auch im April waren die Tage ohne Ausnahme unfreundlich geblieben. Ohne jegliches Laub standen noch immer im Walde die Bäume, und Birken und Weiden wiesen kaum ein Rätzchen auf.

Wir aber waren voll Fröhlichkeit und ein lustiger Scherz jagte den andern. Mit Scherzen und Lachen hatten wir wohl die Hälfte des Weges zurückgelegt, als plötzlich einer von uns, den wir seiner pessimistischen Prophezeiungen halber bis „Unke“ nannten, stehen blieb, die Nase in die Luft steckte und sagte: „Heute gibts noch ein schweres Gewitter!“ Alles lachte und neckte den Wetterpropheten; der aber blieb bei seiner Behauptung. Kaum waren wir aber aber auf dem Festplatze angekommen, wo um 4 Uhr unter freiem Himmel die Rede gehalten werden sollte, als ein dumpfes Donnerrollen uns ankündete, daß die Spürnase der „Unke“ doch richtig gewittert hatte. Bald rauschte ein frischer Sommerregen, schon bligte es hin und wieder und unser Plan, vorläufig im Freien zu bleiben, wurde zunichte. Schnell stellten wir daher in dem kleinen Saale, der kaum die 130 Erschienenen faßte, ein Podium auf, und das Fest begann.

Immer noch sehe ich die hohe kräftige Gestalt des Redners, das kluge Gesicht mit den harten Jügen, der hohen Stirn, dem dunklen Bart und blondem Haar. Und immer noch höre ich seine klangvolle Stimme.

„Der Frühling naht mit Brausen“ begann er. — — — Laut schallten seine Worte durch den Saal. Die geballten Fäuste weit von sich gestreckt, hochaufgerichtet mit kühn blühenden Augen stand der Alte da, ein Bild urwüchsiger Kraft.

Das Gewitter war näher gekommen; Blitz auf Blitz zuckte vom Himmel. Laut prasselten Regen und Hagel gegen die Scheiben. Ein fürchterlicher Sturm heulte um das Haus und schien mit dem Gebrüll des Donners wetteifern zu wollen.

„Der Frühling naht mit Brausen; er rüstet sich zur Tat. . .“ Die Stimme des Alten überdönte das Tosen des Unwetters, klar und scharf durchdrang sie den Raum. — — — Es war, als ob die Luft vibrierte, als ob jeder Ton nachklänge, wie Töne einer Glocke. — — — Und weiter sprach der Alte: „So wie der Frühling draußen mit Brausen und Toben endlich die Erde vom langen

Soche des Winters erlöset, so wird bald mit Sturm und Brausen die Menschheit ihr Joch abschütteln. So wird sie die Fesseln, in die der Geist geschlagen ist, zersprengen. — — — So wie der Frühlingsturm mit Brausen die schweren Winterwolken verjagt, und der Erde das helle Licht und die Wärme der Sonne teilhaftig werden läßt, so wird bald ein Sturm kommen, der die Wolken, die die Sonne der Wahrheit verhüllen, mit Brausen und Toben vertreibt. Und der Sturm wird die Menschen erwecken und sie werden die Sonne sehen, die alles erleuchtet, die unbarmherzig erkennen läßt, was morsch und fest, was krank und gesund ist. Und der Sturm wird das Morische zerbrechen, das Feste aber und Gesunde wird erstarken. . . .“ Mächtig erklangen die Worte des Alten.

Das Gewitter war gerade über uns und tobte fürchterlich. Es war, als wollte die Natur der Rede Nachdruck verleihen. Stockfischer war es im Saale geworden und nur die rasch aufeinander folgenden Blitze ließen den Redner sehen. Eigenartig beleuchteten sie seine Gestalt. Die Reflexe des grellen Lichtes wirkten großartig. Es war, als ob periodisch eine Marmorstatue bengalisch beleuchtet wurde. Ein selten schönes Schauspiel fürwahr. — — — „Drum mach, erwach' du Menschenkind, daß dich der Lenz nicht schlafend find'!“ so schloß er seine Ansprache.

Ich kann nicht sagen, was uns mehr fesselte, die Worte des Alten oder die groteske Erscheinung. Sedenfalls machte beides auf uns einen tiefen unauslöschlichen Eindruck.

Das Schicksal hat mich jetzt wieder nach Mecklenburg verschlagen. Meine Freunde fand ich nicht mehr. Wohl aber traf ich den Alten vor einiger Zeit. Die zehn Jahre waren nicht spurlos an ihm vorübergegangen; er war sehr gealtert. Seine kraftvolle Gestalt war zusammengesunken, sein dunkler Bart stark mit hellen Fäden durchzogen und sein Haar ergraut. Wir gingen gemeinsam eine Strecke Weges. Ich suchte seine Ansicht über die gegenwärtige Lage der Partei zu erfahren, aber allen meinen Fragen wich er mit großer Zähhigkeit aus. Mich verdros dieses sehr. Spöttelnd begann ich von seiner Maiseiterrede zu sprechen:

Was ist aus dem Brausen geworden, mit dem der Völkerfrühling kommen sollte, was aus dem Eichen knickenden Stürme? Ein lindes Lüftchen ward er, das leise und angenehm in den Kronen der Bäume säuselt, aber kein Zweiglein bricht. . . . Was ward aus dem brüllenden Donner, den zuckenden Blitzen? Ein kaum vernehmbares Rollen in der Ferne, ein interessantes Wetterleuchten. Der strömende, alles forttreibende Regen ward zum milden Tau, der auf Blumen und Gräser silberne Perlen zaubert, der die Saaten köstlich erfrischt, aber auch Unkraut und Wucherpflanzen. . .

Mit Vogelsingen und Brunnenklingen kann ja vielleicht auch der Völkerfrühling einziehen; auf alle Fälle ist es so bequemer und angenehmer. Sanft könnte dann das Menschenkind weiterlullen.

Der Alte blickte vor sich hin, — düster oder traurig — ich konnte es nicht sehen. Unsere Wege trennten sich bald. Ein kurzes Lebewohl und wir schieden voneinander.

Ich mochte wohl hundert Schritte gegangen sein, da war es mir, als bliebe der Alte stehen. Er rief mich und ich kehrte um. . . Da stand er an eine Linde gelehnt, hochaufgerichtet, ganz wie damals, mit trozig leuchtenden Augen. Das Licht der sinkenden Sonne beleuchtete durch das Geäst sein kühnes Gesicht. Ich glaubte dasselbe Bild wie vor zehn Jahren zu sehen und mit Bewunderung genos ich es. — — —

Er faßte meine beiden Hände und drückte sie kräftig. Scharf sah er mir ins Auge und sagte: „Uns wird er nicht schlafend finden, wenn er kommt, der Frühling.“

Zeugen und Rufer.

Der Verfall jeder Regierung beginnt fast immer mit dem Verfall ihrer Grundsätze.

Ein gewisser Marjyas träumte, daß er dem Dionys den Hals abschneide. Dieser ließ ihn hinrichten, indem er sagte, daß er in der Nacht nicht davon geträumt haben würde, wenn er am Tage nicht daran gedacht hätte.

Die chinesischen Gesetze bestimmen, daß jeder, der es an Ehrfurcht vor dem Kaiser fehlen läßt, mit dem Tode bestraft werden soll. Da sie nicht bestimmen, worin dieser Mangel an Ehrfurcht besteht, so kann alles einen Vorwand abgeben, wenn man will, das Leben zu nehmen, oder jede beliebige Familie auszurotten.

Als zwei Personen, denen es oblag, die Hofzeitung anzufertigen, in irgend einer Begebenheit Umstände hineingebracht hatten, die sich nicht als wahr erwiesen, sagte man, in einer Hofzeitung zu lügen, sei Mangel an Ehrfurcht vor dem Hofe und man ließ sie hinrichten.

Vaterlandsiebe und dergleichen ist ein Durchgangspunkt.

Die moderne Gesellschaft ist keine menschliche Gesellschaft; sie ist einzig die Gesellschaft des Mannsvolkes.

Montesquien (Der Geist der Gesetze).

Springer.

Epilog von Ferd. Freiligrath.

Kein besser Schachbrett als die Welt:
Zur Limmat rück' ich von der Schelbe!
Ihr sprengt mich wohl von Feld zu Felde,
Doch schlagt ihr mich nicht aus dem Felde!
So ist es eben in dem Schach
Der Freien wider die Despoten:
Zug über Zug und Schlag auf Schlag,
Und Ruh' wird keine nicht geboten!

Mir ist, als müßt' ich auch von hier
Den Stab noch in die Weite setzen:
Als würden auch aus Tells Revier
Die Launen dieses Spiels mich hegen!

Ich bin bereit! Noch braust das Meer
Um Norwegs freie Bauernstätten;
Noch raffelt es von Frankreich her,
Wie Klirren von gebrochenen Ketten!

Kein flüchtig Haupt hat Engeland
Von seiner Schwelle noch gewiesen;
Noch winkt mir eine Freundeshand
Nach des Ohio lust'gen Wiesen!

Von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt,
Von Land zu Land — mich schiert es wenig.
Kein Zug des Schicksals setzt mich matt:
Matt werden kann ja nur der König!

Verantwortlich: Frau Ahrens; Druck und Verlag: Verlag der „Arbeiterpolitik“ (Karl Becker); sämtlich in Bremen.



Arbeiterpolitik

2. Jahrg.

Wochenschrift für wissenschaftlichen Sozialismus.

Nr. 17

Erscheint wöchentlich einmal.
Redaktion u. Expedition:
.: Nummernstraße Nr. 23. :.

Bremen, den 28. April 1917

Einzel-Nummer 15 Pfg. Durch
die Post bez.: monatlich 60 Pfg.,
vierteljährlich 1.80 M. o. Bestellgeld

Inhalt:	
Die deutsche Reformation	Seite 129
Die polnische Frage in ihrer historischen Entwicklung. Von M. Bronski (Fortl.)	130
Bildungsprobleme	182
Aus unserm politischen Tagebuch	184
Feuilleton: Der Strömung entgegen. Von A. R. Tolstoi	134

Die deutsche Reformation.

Solange der Krieg dauert, keine „Neuorientierung“, keine inneren Reformen — erklärte bisher die deutsche Regierung. Dieser greifende Reformen müssen den schärfsten Kampf der Parteien hervorrufen, denn wenn man dem einen gibt, so muß man dem andern nehmen. Solche Kämpfe sind aber dem Burgfrieden, der Einheit der Nation nicht bekömmlich, und ohne Burgfrieden wiederum kann man keinen Krieg führen. Diese Argumentation der deutschen Regierung fand volle Zustimmung bei den Konservativen, Freikonservativen und Nationalliberalen, d. h. bei den Vertretern der schweren Industrie und des Agrariums. Nur die Freisinnigen, die Vertreter der Handelsbourgeoisie, wagten sofortige Reformen zu fordern, ohne jedoch den Kampf um sie zu entfalten. Und vom Standpunkt des Imperialismus ließ sich gegen die Vermeidung der Kämpfe um die Reformen so wenig sagen, daß auch die Sozialpatrioten keinen stärkeren Druck auf die Regierung riskierten, obwohl ihnen bei ihrer Abhängigkeit von breiteren Volksmassen in erster Linie diese Beruhigungsmittel notwendig erscheinen mußten.

Auf einmal setzte ein neuer Wind ein. Im Reichstag trat nicht nur der Freisinnige Müller-Meinigen mit einer Philippika auf, in der er in energischsten Tönen sofortige Reformen forderte, in der er rief: „Öffnet die Ventile!“ auch der Nationalliberale, Syndikus des Industriellenverbandes, Herr Stresemann, donnerte in flammenden Worten gegen die Herrschaft des Militärabsolutismus und drohte, daß, wenn die Regierung nicht sofort zu Reformen schreite, der Reichstag das Werk in die Hand nehmen müsse. Und die Sozialpatrioten Noske und David wandten sich zwar gegen alle Versuche, die deutschen Verhältnisse mit den russischen zu vergleichen, aber sie beschworen den Reichstag und die Regierung der Volksstimmung Rechnung zu tragen; sie verlasen eine ganze Litanei von Reformen, deren Durchführung sie sofort forderten. Das Wunder geschah, daß der Reichstag mit allen Stimmen gegen die der Konservativen die Einsetzung einer Befassungsreformkommission beschloß,

die sich die notwendigsten Reparaturen am stolzen Bau des Reiches ansehen soll.

Die Regierung erklärte durch den Mund des Reichskanzlers, daß sie auch für eine Neuorientierung sei, aber sie könne nicht so ohne weiteres ihre Meinung über die Gefahr solcher Neuorientierungen im Kriege ändern, eine Meinung, die bisher die Mehrheit der bürgerlichen Parteien teilte. Aber ein schroffes Nein hat Herr Bethmann-Hollweg nicht ausgesprochen.

Nun mag die Regierung nachgeben oder nicht, wenn die Herren Freikonservativen, Nationalliberalen, Freisinnigen und Sozialpatrioten sich zusammenschließen, so werden sie ganz gewiß kein Werk zusammenbauen, daß den Volksmassen auch in „normalen“ Zeiten munden könnte. Sie können weder die Ungleichheit der Reichstags-Wahlkreiserteilung aufheben, noch das preussische Wahlrecht wirklich abschaffen, sie können weder die Verantwortung der Regierung vor dem Parlamente, noch die Demokratisierung des Heeres beschließen. Selbst wenn der hohe Bundesrat all diesen Herrlichkeiten zustimmen würde, die Vertreter des Kapitals würden sie ihm nicht vorschlagen. Aus dem einfachen Grunde, weil niemand neben seinen eigenen Schatten springen kann, und die Vertreter des Kapitals dem arbeitenden Volke in Deutschland keine demokratischen Rechte gewähren können. Demokratische Rechte bedeuten in einer so kapitalistisch zerklüfteten Nation wie der deutschen und besonders bei der ungeheuren Zuspitzung der sozialen Gegensätze, wie sie der Krieg mit sich brachte, eine Auslieferung der Kampfpositionen an die Volksmassen, auf die man eben ein- und einhalb Milliarden Mark Steuern läßt. Wenn die Herren bürgerlichen Abgeordneten und die Sozialpatrioten so furchtbar nach der Neuorientierung schrien, so ist ihre Anstrengung viel mehr darauf zurückzuführen, daß sie sich von ihrem lanten Geschrei wunder was versprochen, als daß sie in diesem Geschrei ihre Sehnsucht nach Demokratie ausdrückten.

Aber nehmen wir einmal an, daß die Herren ernste politische Reformen durchzuführen geneigt wären und daß die Junker und die Bureaukratie sich ohne Gegenwehr in so freundlich parlamentarischer Weise das Genick brechen ließen, wie sie es nebenbei gesagt — niemals und nirgend in der Geschichte getan haben. Politische Reformen — auch die gründlichsten — bedeuten die Öffnung des Weges zu sozialen Reformen. Ihr Zweck ist, den Volksmassen zu zeigen, daß sie zwar langsam, aber friedlich, ihre Lage bessern können. Kann dieser Zweck in